



SCHÜLER UNION
DEUTSCHLANDS

GRUNDSATZPROGRAMM

Hrsg.:

SCHÜLER UNION DEUTSCHLANDS | Leipziger Platz 11 | 10117 Berlin

www.schueler-union.de <> BGF@schueler-union.de <> TF 030 278787-20

V.i.S.d.P. ist Bundesgeschäftsführerin Anna Dillmann

Erarbeitet von der Kommission „Grundsatzprogramm 2021“, unter der Leitung von Yannick Schmitz
in Zusammenarbeit mit dem Bundeskoordinationsausschuss der Schüler Union Deutschlands

Inhaltsverzeichnis:

A. Die Grundlagen unseres Handelns

- Unsere Grundwerte
- Unsere Organisation
- Unsere Ziele

B. Unsere Forderungen an die Bildungspolitik in Deutschland

- I. Bildungssystem
 - 1. Föderalismus und Chancengleichheit
 - 2. Individuelle Bildung
 - 3. Lehramt und Lehrerausbildung
- II. Unterrichtsinhalte
 - 1. Naturwissenschaften und Technik
 - 2. Deutsch- und Fremdsprachenunterricht
 - 3. Wirtschaft und Recht
 - 4. Geschichte, Sozialkunde und Politik
 - 5. Religion und Ethik
 - 6. Sport, Gesundheit und Umweltschutz
 - 7. Europäischer und internationaler Austausch
 - 8. Medienkompetenzen
- III. Digitalisierung
- IV. Schülervertretung
- V. Schulklima
- VI. Inklusion und Integration
 - 1. Inklusion von geistig und körperlich Behinderten
 - 2. Integration von Flüchtlingen und Migranten
- VII. Berufsschule und Ausbildung
- VIII. Gesellschaftsjahr

Die Grundlagen unseres Handelns

Wir, die Landesverbände und der Bundesverband der Schüler Union Deutschlands, bekennen uns mit diesem *Grundsatzprogramm* zu unseren gemeinsamen Werten und Zielen, auf deren Grundlage wir, in Verantwortung vor Gott und den Menschen, den bildungs- und schulpolitischen Herausforderungen unserer Zeit entschlossen entgegentreten. Im Bestreben nach politischer Teilhabe aller Schüler und Auszubildenden in Deutschland, verfolgen wir damit das Ziel, dass unser politischer Wille und unsere Überzeugungen tragend, unsere Ideen und Forderungen wegweisend sein werden für die Bildungspolitik Deutschlands.

Unsere Grundwerte

Die Schüler Union Deutschlands ist vom Willen getragen, den gesellschaftlichen Wandel positiv und ausgleichend zu gestalten. In der Tradition des Konservatismus wollen wir ausgleichende Akzente setzen: Freiheit und Verantwortung gegen Gleichmacherei und Einfalt; Moral und Werte gegen Beliebigkeit; Nation, staatliche Ordnung und Frieden gegen anarchistische Utopien. Die Identifikation zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes und zu einem friedlichen und vereinten Europa muss in der Identität des einzelnen Menschen einen priorisierten Stellenwert genießen. Dies ist aus unserer Sicht unabdingbar für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes. Die Eigenverantwortung und die Entfaltung des Individuums, gemeinsam mit der Bereitschaft einen Beitrag für das Gemeinwesen zu leisten, sind für die Schüler Union Deutschlands fundamental für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zudem sind wir davon überzeugt, dass die Assimilation an eine Leitkultur eine elementare Bedingung für die Teilhabe an der Gesellschaft und die ständige gesellschaftliche Integration ist. Leitkultur bedeutet für uns die Gesamtheit aller geschichtlicher, religiöser und kultureller Prägungen, welche von einer überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft als Konsens getragen werden. Das Bekenntnis zur Erinnerungskultur, die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte ist hierbei entscheidend für die Ausprägung eines gesunden Nationalbewusstseins.

Der Ausgangspunkt allen politischen Handelns der Schüler Union Deutschlands ist im christlichen Menschenbild verankert. Der Mensch, als Ebenbild Gottes, in seiner Individualität und Freiheit, besitzt demnach, gleich welcher Herkunft, eine unverletzliche Würde. Die dem Wesen des Menschen innewohnende Fehlbarkeit müssen wir annehmen – einer ungleichen Bewertung der Menschenwürde, gar einer Herabwürdigung einzelner Menschen zu Objekten, müssen wir uns entschlossen entgegenstellen: Leben darf niemals gegen anderes Leben abgewogen werden. Ebenso erwächst daraus eine Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung. Die geschenkte Freiheit die Erde als Lebensraum des Menschen zu nutzen muss mit der Verantwortung für die Erhaltung der Natur und einen treuhänderischen Umgang mit diesem Lebensraum in Einklang gebracht werden. Diese christliche Demut vor der Umwelt und der unantastbaren Würde jedes menschlichen Lebens ist für unsere Politik leitend.

Wir stehen bedingungslos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Darunter sind insbesondere die unveräußerliche Menschenwürde sowie das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip zu verstehen, welche in unserer Verfassung unter ewigen Schutz gestellt sind. Die Schüler Union Deutschlands sieht ein Bekenntnis zu diesen Werten der Verfassung in der politischen Auseinandersetzung als alternativlos an. Jede Form des politischen Extremismus und der

politisch-motivierten Gewalt lehnen wir entschieden ab. Wir sind davon überzeugt, dass eine Politik auf Kosten nachfolgender Generationen fatal wäre – gerade auch zum Schutz und zur Weiterführung der herausragenden Lebens- und Aufbauleistungen älterer Generationen. Wir sind stolz auf unsere Soziale Marktwirtschaft, welche mittlerweile als europäisches Erfolgsmodell die Freiheit des Marktes mit einem starken Sozialstaat und einem hohen Maß an Leistungsgerechtigkeit vereint. Das Grundgesetz begründet dies auf dem Prinzip der Subsidiarität, sodass staatliche Eingriffe immer ausschließlich dann erfolgen müssen, wenn diese notwendig sind. Gleichzeitig verleiht es den Bürgern Freiheiten und Rechte, insbesondere nimmt es aber auch den Staat in die Pflicht die Schwächeren und Hilfsbedürftigen der Gesellschaft zu unterstützen. Nahezu alle Versuche alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftsformen sind in der ganzen Welt gescheitert, da sie entweder ineffektiv, ungerecht oder unmenschlich waren. Aus diesem Grund ist es für uns Auftrag und Verpflichtung zugleich, für das Erfolgskonzept unserer Verfassung einzustehen, es im Wandel der Zeit ständig weiterzuentwickeln und durch unsere Ideen zu prägen.

Unsere Organisation

Die Schüler Union hat sich auf Bundesebene aus dem „Verband kritischer Schüler“, hervorgehend am 2. Juli 1972, als Gegenentwurf zu den sich auf dem linken bis linksextremistischen Spektrum im Kontext und Geiste der '68er-Bewegung gebildeten Schülervereinigungen, gegründet. Als anfängliche Bewegung gegen den Linksruck unter Schülern und Lehrern, verstand sich die Schüler Union in ihrer Gründungszeit als demokratische Alternative gegen den links-ideologischen Kampf für die Systemüberwindung und gegenüber sozialistischer Schülergruppierungen. Sie trat der Einflussnahme nicht neutral unterrichtender, linker bis linksextremistischer Lehrkräfte auf Schüler entschieden entgegen. Die Schüler Union, die von einer einstigen Protestorganisation gegen den Links-Ruck an deutschen Schulen immer mehr zu einer Interessensvertretung aller Schüler in Deutschland wurde, leistet – damals wie heute – pragmatische Sacharbeit für die Schülerschaft und bringt sich aktiv im bildungspolitischen Diskurs für ein besseres Bildungssystem im Bund genauso wie auf Stadt-, Kreis- und Landesebene ein. Heutzutage ist sie die traditionsreichste und mitgliederstärkste politische Schülerorganisation in ganz Deutschland.

Der Bundesverband, die Schüler Union Deutschlands, ist eine Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände der Schüler Union. Bedingt durch die starke föderale Prägung der Bildungs- und Schulpolitik, aufgrund der Kulturhoheit der Länder, dient die Schüler Union Deutschlands, die wiederum eine Arbeitsgemeinschaft der Jungen Union Deutschlands ist, nur als Koordinationsorgan der Landesverbände und unterstützt die untergliederten Verbände bei ihrer politischen Arbeit und Organisation. Die Organe der Schüler Union Deutschlands sind die Bundesschülertagung (BST), der Bundeskoordinationsausschuss (BKA) und der Bundesvorstand.

Die Landesverbände sind laut § 2 Abs. 3 der Satzung „in ihrer politischen und organisatorischen Ebene vollkommen unabhängig, [...] haben jedoch die politischen Grundsätze der Schüler Union Deutschlands gemäß dem *Grundsatzprogramm* zu vertreten“. Sie sind wiederum in Kreis-, Stadt- und Ortsverbände sowie Schulgruppen unterteilt. Die Landesverbände kümmern sich um die Untergliederungen vor Ort, unterstützen diese in ihrer Arbeit und bringen sich auf Landesebene in bildungspolitische Debatten ein. Dadurch sind wir regional mit unseren Kreisverbänden und lokal mit unseren Stadt- und Ortsverbänden sowie Schulgruppen präsent. Dort setzen wir uns nicht nur für die Verbesserung der Schulpolitik vor Ort ein, sondern auch für weitere kommunale Anliegen, wie etwa einen schüler-

freundlichen und erschwinglichen ÖPNV, eine zeitgemäße und nachhaltige Ausstattung der Schulen, moderne und umweltfreundliche Schulgebäude, Sporthallen und Schwimmbäder sowie eine grundsätzlich kinder- und jugendfreundliche Infrastruktur.

In Gesprächen vor Ort, in Podiumsdiskussionen und anderen Veranstaltungsformaten soll den Schülern ermöglicht werden, Mandatsträger aus der Kommunal-, Landes- und auch Bundespolitik sowie weitere Persönlichkeiten und Institutionen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zu treffen, ihre eigenen Forderungen zu artikulieren und ihre Erfahrungen in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.

Unsere Ziele

Wir wollen eine Bildungslandschaft, in der jeder seine eigenen Fähigkeiten und Talente bestmöglich entfalten kann. Die Individualität jedes Einzelnen ist jedoch Chance und Herausforderung zugleich. Es ist unser erklärtes Ziel, dass eine individuelle Förderung bestmöglich auf eine spätere berufliche und wissenschaftliche Zukunft vorbereitet. Jeder Schüler soll in der für ihn am besten geeigneten Geschwindigkeit mit den passenden Unterrichtsinhalten unterrichtet werden.

Der Leistungsgedanke sowie der Anspruch an sich selbst, seine Schullaufbahn erfolgreich abschließen zu wollen, sollen besonders gefördert und belohnt werden. Nur mit Bildung auf Spitzenniveau kann Deutschland in einer zunehmend globalisierten Welt seinen Platz an der Weltspitze verteidigen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Bildungspolitik in allen 16 deutschen Bundesländern auf einheitlich hohem Niveau ist – derzeit ist ein Nord-Süd- bzw. Ost-West-Gefälle erkennbar, welches für den Bildungsstandort Deutschland eine große Gefahr darstellt. Es braucht eine einheitliche Linie in der Bildungspolitik, die sich an den Leistungsträgern und erfolgreichen Modellen unter den Bildungssystemen orientiert. Ein Absenken des Bildungsniveaus ist nicht hinzunehmen.

Ziel muss es sein, dass die Bundesrepublik Deutschland im europäischen und internationalen Vergleich ein Bildungssystem der Zukunft vorweisen kann. Um mit der immer schneller werdenden Entwicklung von Gesellschaft und Industrie, auch im Kontext der Globalisierung mithalten zu können, müssen bereits in der Schule die digitale und naturwissenschaftlich-technische Lehre, der Nachhaltigkeitsgedanke, die Vereinigung von Ökonomie und Ökologie sowie der Fremdsprachenunterricht viel stärker als bisher in den Lehrplänen aller Schulen und Stufen verankert werden. Mit dem deutschen Bildungssystem wurde der erste Grundstein dafür gelegt, dass das Label „Made in Germany“ weltweit einen einmaligen Spitzenruf genießt. Es ist von fundamentaler Bedeutung – auch für die Zukunft des Wirtschafts- und Industriestandortes –, dass in den Schulen weiterhin grundlegende und zukunftsweisende Inhalte vermittelt werden, welche die hiesige Schülerschaft dazu befähigen, auch weiterhin Deutschlands Spitzenplatz zu verteidigen.

Wir betrachten Schulen zudem als zentrale Orte der Charakterbildung und Identitätsstiftung. Lehrer, Schulleiter und Bildungspolitiker müssen sich der enormen Verantwortung bewusst sein, dass sie die Persönlichkeit, Moral und Werte der Schüler in Deutschland maßgeblich prägen. Für uns ergibt sich daraus das Ziel Schulen als Orte der geistigen Freiheit und Entwicklung, als Institutionen der Wertevermittlung, in einem gemeinschaftlichen und lebensfreundlichen Umfeld stetig weiterzuentwickeln.

Unsere Forderungen an die Bildungspolitik in Deutschland

Auf der Grundlage dieser Werte und Ziele stellen wir folgende Forderungen an die Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland:

I. Bildungssystem

Die grobe Strukturierung des Bildungssystems in Deutschland hat enorme Auswirkungen auf die Bildungsqualität. Für ein leistungsorientiertes, sozial ausgewogenes und differenziertes Schulsystem, fordern wir durchdachte und zukunftsweisende Grundvoraussetzungen:

1. Föderalismus und Chancengleichheit

Wir bekennen uns klar zum Prinzip des Bildungsföderalismus und fordern die Kulturhoheit der Länder zu bewahren. Die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland verfolgt den Zweck, einer Gleichschaltung der Bildungssysteme beziehungsweise einer zentralistischen Volkserziehung, wie unter dem nationalsozialistischen Regime oder in der Deutschen Demokratischen Republik, präventiv entgegenzuwirken. Kulturelle und akademische Vielfalt sowie ein ausgeprägter Meinungspluralismus sind für uns schützenswerte Güter des Bildungsföderalismus. Darüber hinaus kann ein föderales System einen gewinnbringenden Wettbewerb zwischen den Bundesländern ermöglichen. Zudem ist es möglich in einer föderalen Kompetenzordnung auf lokale Geschehnisse, wie Naturkatastrophen oder Gesundheitskrisen, zielgerichteter zu reagieren.

Überall dort, wo der Föderalismus allerdings mehr Nachteile als Vorteile bietet und nicht zuletzt die bundesweite Chancengleichheit und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gefährdet sind, fordern wir eine verstärkte Zusammenarbeit der Bundesländer um die Vergleichbarkeit der Abschlüsse und eine flächendeckend hohe Bildungsqualität zu gewährleisten. Dabei soll auch die Bundesregierung zur Koordinierung und finanziellen Unterstützung beteiligt werden können. Zu diesem Zweck fordern wir den Abschluss eines Staatsvertrages zwischen den Ländern und dem Bund, der für mehr Vergleichbarkeit zwischen den Bildungssystemen und -abschlüssen der Länder sorgen soll. Alle Maßnahmen, die ergriffen werden, müssen am Ende jedoch das Ziel verfolgen, das Bildungsniveau in Deutschland insgesamt anzuheben. Eine Orientierung an den bildungspolitisch erfolgreichsten Bundesländern ist daher unabdingbar.

Wir halten es für richtig die Abiturprüfungen in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch deutschlandweit – nach einer angemessenen Übergangszeit – weitestgehend zu vereinheitlichen und dafür einen bundesweiten Aufgabenpool zu erstellen, der einerseits inhaltlich die Lehrpläne der Bundesländer berücksichtigt und andererseits das Leistungsniveau der Aufgaben im oberen Bereich ansiedelt. Darüber hinaus fordern wir die Angleichung der gymnasialen Oberstufe in Hinblick auf Kursysteme, Wahlpflichten, Seminararbeiten und Prüfungsanforderungen. Wir befürworten Initiativen, wie den “DigitalPakt Schule”, welche die Bundesländer finanziell unterstützen sollen, größere bildungspolitische Herausforderungen zu meistern. Es muss allerdings sichergestellt werden, dass die Vergabe der Gelder zielgerichtet, möglichst unbürokratisch und schnell vonstattengeht.

2. Individuelle Bildung

Oberstes Ziel eines Bildungssystems muss es sein die Talente und Fähigkeiten der Schüler individuell fördert, Leistungen und Arbeit fair bewertet und durch differenzierte Schul- und Unterrichtsmodelle jedem eine vernünftige Ausbildungsperspektive bietet.

Daher fordern wir eine allgemeine Stärkung des differenzierten und leistungsorientierten Schulsystems, sowohl vertikal durch eine durchlässige Mehrgliedrigkeit, als auch horizontal durch vielfältige, fachspezifische Schultypen, etwa im humanistischen, technisch-naturwissenschaftlichen, musisch-kulturwissenschaftlichen oder linguistischen Bereich. Jedes Bundesland muss, den jeweiligen demographischen und gesellschaftlichen Umständen entsprechend, ein möglichst vielfältiges und individuelles Bildungssystem anstreben. Gleichberechtigung sehen wir durch Gesamtschulen und eine Gleichmacherei der Bildung nicht erreicht. Vielmehr muss sichergestellt werden, dass in unseren Schulen alle Schüler gleichermaßen die beste, ihren individuellen Talenten entsprechende Förderung erhalten. Gesamtschulen oder Einheitsschulen können unserer Ansicht nach nur in strukturschwachen, beziehungsweise dünn besiedelten Gebieten pragmatisch sinnvoll sein. Wir fordern daher die langfristige Realisierung bzw. Sicherstellung eines mehrgliedrigen, bestenfalls dreigliedrigen Schulsystems in allen Bundesländern. Parallel dazu benötigen wir deutschlandweit verbindliche Schulempfehlungen für die Auswahl der weiterführenden Schulform durch die Grundschullehrer. Es ist nicht richtig, dass viele Eltern Kinder auf Schulen schicken, auf denen sie nicht mit ihren Mitschülern mithalten können und dementsprechend unter einem Leistungsdruck stehen, dem sie gar nicht gewachsen sind. Wenn Eltern mit der Schulempfehlung nicht einverstanden sind, sollte das Kind an einem Prognoseunterricht teilnehmen können und dadurch zusätzliche Selbstbestimmung erhalten.

Wir erachten Konfessionsschulen, genauso wie Realschulen, Wirtschaftsschulen, Berufsschulen oder Fachoberschulen als große Bereicherung und Stärke des deutschen Bildungssystems. Wir fordern ein Ende der Überhöhung der gymnasialen Ausbildung vor anderen Schulzweigen und sind davon überzeugt, dass auch alternative Abschlüsse zum Abitur, beziehungsweise alternative Bildungswege bis hin zum Abitur, dem Gymnasium gleichgestellt sind und auch als gleichwertig behandelt werden müssen. Privatschulen genießen eine Daseinsberechtigung in Deutschland, soweit sie in ihrer Qualität und ihren Lehrzielen, sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen.

3. Lehramt und Lehrerbildung

Die entscheidende Stütze unseres Bildungssystems sind die zahlreichen Lehrkräfte an unseren Schulen. Die Bildungsqualität in Deutschland hängt maßgeblich von ihren Fachkenntnissen und pädagogischen Kompetenzen ab. Ein Mangel an Lehrkräften oder eine schlechte pädagogische Ausbildung ziehen demnach enorme Defizite nach sich.

Daher fordern wir eine praxisorientierte Lehrerbildung, bei der schon in den ersten beiden Semestern, durch intensive, lange Praktika und kommunikationswissenschaftliche Seminare und Übungen, wertvolle Praxiserfahrungen für die Unterrichtsgestaltung vermittelt werden sollen. Es ist uns wichtig, dass Lehrkräfte schon direkt zu Beginn ihres Studiums lernen, was es heißt vor einer Klasse zu unterrichten und immer wieder auch herausfordernden Situationen begegnen zu müssen. Ebenso darf das Lehramtsstudium aktuellen Entwicklungen, beispielsweise der Digitalisierung des Unterrichts, nicht hinterherhinken.

Wir fordern darüber hinaus die flächendeckende Verbeamtung aller Lehrkräfte in ganz Deutschland. Quereinsteiger aus der Wirtschaft oder der Wissenschaft können unser Bildungssystem auf vielfältige Art und Weise bereichern. Um die Qualität des Lehrkörpers allerdings berechenbar und langfristig zu sichern, dürfen sie nicht zu viele werden. Bei eingestellten Quereinsteigern zeigen sich überdies oftmals Defizite in pädagogischen und didaktisch-methodischen Fertigkeiten, unter denen die Schüler in Form schlechten Unterrichts leiden. Um diesen Defiziten sowie weit verbreiteten mangelhaften Deutschkenntnissen entgegenzuwirken, soll bereits bei der Aufnahme der Lehrtätigkeit der Nachweis eines Mindestmaßes an erworbenem pädagogischem Know-how sowie die erfolgreiche Absolvierung eines Deutsch-Tests auf Sprach-Niveau C2 gefordert werden. In den Fächern, in denen ein größerer Mangel an geeigneten Lehrkräften herrscht, insbesondere in den MINT-Fächern, sollte eine attraktivere Vergütung in Aussicht gestellt werden. Zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs sollten auch Stipendien an Lehramtsstudenten vergeben werden, die sich dazu verpflichten in dem Bundesland, in dem sie ausgebildet werden, zu bleiben. Insgesamt fordern wir eine vorsorgliche Planung der Studienplätze für Lehramtsstudenten, gemessen an der demographischen Entwicklung, um einen Mangel an Lehrkräften zu verhindern. Darüber hinaus sollte die Anzahl der Lehrkräfte in den nächsten Jahren insgesamt weiter erhöht werden, sodass flächendeckend kleinere Klassen und eine individuelle Betreuung ermöglicht werden können. Dabei sollten auch die derzeitigen Herausforderungen in der Besoldung von Lehrkräften beachtet werden. Eine attraktive, leistungsgerechte und angemessene Vergütung hilft zweifelsohne, die Qualität des Unterrichts zu verbessern. Wir unterstützen dahingehende Bestrebungen der Lehrerverbände und –gewerkschaften ausdrücklich.

II. Unterrichtsinhalte

Das von uns geforderte differenzierte Schulsystem mit seiner individuellen Förderung und zukunftsorientierten Schulbildung muss sich auch in den Unterrichtsinhalten und im Lehrplan widerspiegeln, welcher auf die jeweilige Schulform ausgerichtet und insbesondere durch die Qualität, weniger die Quantität der Schulfächer bestimmt werden muss:

1. Naturwissenschaften und Technik

Seit einigen Jahren macht sich in Deutschland mit steigender Tendenz ein erheblicher Fachkräftemangel in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Berufen bemerkbar. Obwohl ein Drittel aller Hochschulabschlüsse in diesem sowie dem mathematischen Bereich erworben werden, herrscht auf dem deutschen Arbeitsmarkt ein akuter Mangel an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern. Der Hauptgrund hierfür ist eine mangelnde naturwissenschaftliche Förderung an den Schulen, obwohl wir auf herausragende Leistungen in den MINT-Fächern angewiesen sind, um Entwicklung und Forschung in Deutschland voranzutreiben. Es ist wichtig die Durchführung von Experimenten hervorzuheben, da somit naturwissenschaftliche Vorgänge verständlicher erklärt werden. Hierfür fordern wir die Schulträger dazu auf die erforderliche Infrastruktur in Zukunft deutlich besser zur Verfügung zu stellen. Als eigenständiges Fach muss insbesondere der informationstechnische Unterricht modernisiert und ab der Mittelstufe verpflichtend integriert werden. Ebenfalls müssen naturwissenschaftliche Projekte in den Schulen an Bedeutung gewinnen. Generell muss in der Öffentlichkeit mehr Bewusstsein für die Bedeutung der Naturwissenschaften bestehen; denn es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, junge Menschen für die MINT-Fächer zu begeistern.

2. Deutsch- und Fremdsprachenunterricht

Als Schüler Union ist uns die Förderung der deutschen Sprache, unter Anschauung der regionalen Besonderheiten und Dialekte, sehr wichtig. Wir erkennen, dass immer mehr Kinder in Deutschland erhebliche Sprachdefizite aufweisen oder zum Zeitpunkt ihrer Einschulung gar kein Deutsch sprechen. Da diese Mängel auch später nicht behoben werden, können sich mittlerweile bereits viele junge Menschen wenig eloquent bzw. schlecht ausdrücken, wenn sie die Schule verlassen.

Wir fordern daher die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, dass sich alle Kinder bereits zur Einschulung auf einem ähnlichen Sprachniveau befinden. Für Kinder mit größeren Sprachdefiziten muss daher eine Vorschule im Kindergarten bzw. ein besonderer Förderunterricht in der Grundschule eingerichtet werden. Bei Lesekompetenzen landet Deutschland bei internationalen Vergleichsstudien mittlerweile nur noch im Mittelfeld und nicht wie vor einigen Jahren noch auf den oberen Plätzen. Diesem Negativtrend müssen wir, mit einem erhöhten Fokus auf Lesekompetenzen im Unterricht, entschlossen entgegenzutreten. Anregende Diskussionen im Deutschunterricht sind beispielsweise ideal, um das Textverständnis zu stärken. Zur Steigerung der Lesemotivation und damit Schüler wieder Spaß am Lesen gewinnen, muss sich die Schullektüre auch an den sich wandelnden Interessen der Schüler orientieren. Das Konzept „Schreiben nach Gehör“ im Unterricht ist fatal gescheitert und daher aus dem Lehrplan restlos zu streichen. Die Lehre oder Verwendung sogenannter „gendergerechter Sprache“ lehnen wir grundsätzlich ab.

Den Fremdsprachenunterricht sehen wir an deutschen Schulen als bereits sehr gut gestaltet an. Um ihn noch besser zu machen, fordern wir, dass die Vielfalt an Sprachunterricht erhöht und an die aktuelle geopolitische Lage angepasst wird. So sollten an Schulen vermehrt auch Sprachen, wie Mandarin, Japanisch oder Arabisch, unterrichtet werden. Um zudem das Miteinander und den Austausch

innerhalb von Europa zu stärken sollte insbesondere das Angebot für europäische Sprachen verbessert werden und auf die entsprechenden bestehenden Arbeitsgruppen, Kursen an Hochschulen oder auch privaten Sprachschulen aufmerksam gemacht werden.

3. Wirtschaft und Recht

In vielen Bundesländern wird auf die Bereiche der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften kaum bis gar keinen Wert gelegt. Wir fordern, dass derartige Lerninhalte überall in Deutschland und in allen Schularten, etwa durch ein Unterrichtsfach „Wirtschaft und Recht“, spätestens ab der Mittelstufe verpflichtend unterrichtet werden. Die Rechtswissenschaft, auch aufgrund ihrer enormen Bedeutung für die staatliche Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens, sollte schon früh in den Lehrplan Einzug halten. Dadurch werden Berührungsängste und Vorurteile gegenüber diesem Themenbereich abgebaut und das Bewusstsein für juristische Sachverhalte und den demokratischen Rechtsstaat gestärkt. Da ebenso die Wirtschaft ein entscheidender Faktor unserer Gesellschaft ist, müssen Wirtschaft und Schule näher verbunden werden. Die Schule muss demnach auch für das spätere Arbeitsleben ausbilden. Dies ist nur möglich, wenn das Praxiswissen der Wirtschaft eine wichtigere Rolle im Schulalltag einnimmt. Es ist uns wichtig, dass Betriebsbesichtigungen oder Vorträge von Wirtschaft und Wissenschaft in den schulischen Regelbetrieb eingebaut werden um einen größeren Praxisbezug herzustellen. Um Schülerengagement zu fördern und noch mehr Praxiswissen zu vermitteln, ist es essentiell, dass die Möglichkeit besteht Praktika zu verlängern oder ein zweites Praktikum zu absolvieren. Generell ist es wichtig, dass die Schule ihre Schüler ermutigen soll sich für ihr gesellschaftliches Umfeld einzusetzen und ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zu fördern.

4. Geschichte, Sozialkunde und Politik

Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist für eine Bevölkerung sehr wichtig – insbesondere in Deutschland. Damit die Erinnerungskultur aufrechterhalten werden kann, muss im Geschichtsunterricht weiterhin ein großes Augenmerk auf den Holocaust, den Fall der Weimarer Republik und den zweiten Weltkrieg gelegt werden. Jeder Schüler soll bis zu seinem Abschluss eine KZ-Gedenkstätte und eine Gedenkstätte für die Opfer des DDR-Unrechts besucht haben. Darüber hinaus sollte der Geschichtsunterricht stets auf die aktuellen geopolitischen Begebenheiten hin angepasst werden. So sollte in Zukunft beispielsweise auch die Geschichte Chinas und Ostasiens insgesamt eine größere Rolle spielen. Dies erhöht das Verständnis für außereuropäische Kulturen und kann etwaigen Vorurteilen vorbeugen.

Wir setzen uns für einen neutralen und am Zeitgeschehen orientierten Politik- und Sozialkundeunterricht ein. Ziel muss es sein, dass sich Schüler differenziert und kritisch mit politischen Systemen, Meinungen und Ideologien auseinandersetzen können und dazu ermutigt werden selbst Antworten auf die gesellschaftlichen und politischen Fragen unserer Zeit zu suchen. Die Besuche des Landesparlaments, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments, sollten für die lebensnahe Vermittlung geschichtlicher und politikwissenschaftlicher Inhalte im Unterricht angeboten und gefördert werden.

5. Religion und Ethik

Wir bekennen uns klar zum bekenntnisgebundenen Religionsunterricht an Schulen, hervorgehend aus dem in der Bundesrepublik Deutschland vorherrschenden staatskirchenrechtlichen Kooperationsmodell. Wir betrachten unsere Schulen nicht als religionsfreie Orte. Die Kirchen, als wichtige inte-

grative Träger der Gesellschaft, arbeiten bei der Ausrichtung des Religionsunterrichts eng mit dem Staat zusammen (res mixta). Wir halten dieses Konzept für richtig, da dadurch in der Schule ein christliches Grundverständnis von Moral und Ethik vermittelt werden kann. Neben dem Religionsunterricht muss der Staat ein angemessenes Äquivalent, in Form eines verpflichtenden bekenntnisfreien Ethikunterrichts, anbieten. Der Ethikunterricht darf an Qualität nicht hinter dem Religionsunterricht zurückstehen.

Wir halten die Einführung eines Religionsunterrichts für Muslime an staatlichen Schulen unter der Leitung von in Deutschland ausgebildeten muslimischen Religionspädagogen für richtig und notwendig. Dieser soll den muslimischen Schülern die verfassungskonforme Ausübung ihrer Religion nahe bringen und gleichzeitig präventiv gegen islamistischen Extremismus im Jugendalter vorgehen. Da im Islam, anders als im Christentum, keine eindeutig verfassten und abgrenzbaren Religionsgemeinschaften existieren, muss bei der Gestaltung dieses Unterrichtsfaches eng mit verschiedensten Vertretern der verfassungstreuen muslimischen Glaubensrichtungen in Deutschland zusammengearbeitet werden. Darüber hinaus fordern wir eine Überprüfung der Teilnehmer der deutschen Islamkonferenz, in Integrationsbeiräten der Länder und Kommunen hinsichtlich ihrer Haltung zu unserer Verfassung und den Werten der freiheitlichen Gesellschaft. Wer unsere Verfassung ablehnt, oder seine Mitglieder und Anhänger darin unterstützt, sich nicht an die deutsche Mehrheitsgesellschaft anzupassen, kann kein Partner unseres Staates in Integrationsfragen sein. Überhaupt fordern wir eine verstärkte Aufklärungsarbeit über religiöses Konfliktpotential im Religionsunterricht und im Ethikunterricht, zur Förderung eines konfliktfreien Zusammenseins der Religionen. Ziel muss sein, dass Schüler selbst darüber entscheiden können, wie sie ihren Glauben in ihre Lebensgestaltung mit einfließen lassen möchten, ohne dabei ihrer Glaubensgemeinschaft streng unterworfen zu sein. Dies sollte, egal ob im christlichen, islamischen oder jüdischen Religionsunterricht, auch klar kommuniziert werden.

6. Sport, Gesundheit und Umweltschutz

Der Sportunterricht ist existentiell für die Bildung der Schüler und stellt einen guten und absolut notwendigen Ausgleich zum sonst sehr kopflastigen Fachunterricht dar. Ziel des Sportunterrichts ist es, dass Kinder und Jugendliche Spaß am Sport entwickeln. Außerdem soll ihnen die Bedeutsamkeit von sportlicher Betätigung für unsere Gesundheit vermittelt werden. Die Länge des Sportunterrichts sollte mindestens zwei Schulstunden betragen, da mit Umziehen und Aufbauen von Sportgeräten immer ein beachtlicher Zeitverlust einhergeht. Abschließend muss, je nach Interessensschwerpunkten und Fähigkeiten die Möglichkeit bestehen im Abschlussjahr, bzw. am Gymnasium mit dem Eintritt in das Kurssystem, seine Sportarten selbst zu wählen und sich zu spezialisieren. Unser Land hat eine einzigartige Vereinslandschaft, die wir im Sportunterricht stärker miteinbeziehen möchten. Ziel muss sein, dass jeder Schüler eine Sportart findet, die er auch nach der Schulzeit weiter ausüben möchte und zum lebenslangen Sporttreiben motiviert wird.

Häufig sind Kinder und Jugendliche nicht in der Lage ihr Essverhalten zu reflektieren und ernähren sich unausgewogen und ungesund. Um optimale Leistungen zu erzielen und konzentriert zu arbeiten ist es aber essentiell die richtige Nahrung aufzunehmen. Kindern sollte frühestmöglich „spielerisch“ der richtige Umgang mit Nahrungsmitteln beigebracht werden, wie zum Beispiel mit „Juniorkochkursen“ im Kindergarten. Des Weiteren sollte der Inhalt „Gesunde Ernährung“ an einer passenden Stelle in die Lehrpläne zum Fach Biologie in der Mittelstufe eingeführt werden. Sowohl die Vermittlung eines kritischen Umganges mit Lebensmittelwerbung als auch das entsprechende Angebot an preislich attraktiven Speisen in der Schulcafeteria ist wichtig.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Verschmutzung der Umwelt, ist es wichtig, in Schulen die Herausforderungen der Klimaerwärmung zu vermitteln und aktiven Umweltschutz zu betrei-

ben. Bereits in der Grundschule sollen Kinder einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt lernen. Der Geografie- bzw. Erdkundeunterricht muss zudem insgesamt auf das Thema der Nachhaltigkeit, insbesondere der ökologischen Nachhaltigkeit, ausgerichtet werden. Darüber hinaus müssen unsere Schulen zu Vorbildern des effizienten Wasser- und Energieverbrauchs werden; der Müll muss an Schulen konsequent getrennt werden.

7. Europäischer und internationaler Austausch

Europa ist für uns alle von unschätzbarem Wert. Der Frieden zwischen den europäischen Völkern, die Freundschaft untereinander, die Freizügigkeit aber auch die wirtschaftlichen Vorteile – all das wird immer wieder als selbstverständlich angesehen. Der Schulunterricht muss Europa daher inhaltlich, durch den Geschichts- oder Sozialkundeunterricht und durch das Fremdsprachenangebot erfassen. Darüber hinaus muss man Europa auch erleben können; durch vermehrte Klassenfahrten ins europäische Ausland oder durch gemeinsame Schüleraustauschprogramme. Das ERASMUS-Programm, mit welchem Studenten aus Europa ein Stipendium erhalten, um im europäischen Ausland zu studieren, muss unserer Ansicht nach auch auf Auszubildende ausgeweitet werden.

Das Kennenlernen fremder Kulturen oder das Benutzen von Fremdsprachen im Ausland ist ein wichtiger Teil der Schulbildung. Unter diesen Gesichtspunkten ist es umso wichtiger nicht nur Austauschprogramme nach Frankreich, Spanien, England oder in die USA anzubieten, sondern auch nach Osteuropa. Wir fordern eine verstärkte Förderung der Deutsch-Osteuropäischen Schul- und Städtepartnerschaften, um den innereuropäischen Integrationsprozess positiv zu unterstützen. Ziel sollte es unserer Ansicht nach außerdem sein, dass mindestens ein Prozent der Schülerschaft an einem Austauschprogramm mit dem Staat Israel teilnimmt.

8. Medienkompetenzen

Die Schüler Union Deutschlands setzt sich dafür ein, dass bundesweit bereits an Grundschulen einmal pro Schuljahr ein für alle Grundschuljahrgänge verpflichtender eintägiger Kurs zum Thema „Medienerziehung“ abgehalten wird. Im Rahmen dieser Kurse sollen die Schüler an den verantwortungsvollen Umgang mit Medien, vor allem mit den sogenannten Sozialen Medien, herangeführt werden. In Deutschland besitzen nahezu alle Haushalte Zugang zu diesen Medien. Das Internet hält zunehmend in unterschiedlichsten Lebensbereichen Einzug und schon Grundschul Kinder nutzen es vermehrt, um zu kommunizieren, sich Zugang zu Informationen in ihren Interessensgebieten zu verschaffen oder um auf Videos, Musik und andere Unterhaltungsprogramme zuzugreifen. Oft greifen Grundschul Kinder über Geräte der Eltern auf das Internet zu, sie besitzen jedoch im zunehmenden Maße auch selbst schon Geräte wie Smartphones. Spätestens im Alter von 10-11 Jahren ist fast jeder Jugendliche online; in dieser Altersgruppe ist kaum noch jemand nicht im Umgang mit den neuen Medien erprobt. Die durch dieses Mediennutzungsverhalten entstehenden erzieherischen Aufgaben sind vielfältig und oft auch nicht im Bereich der elterlichen Erziehung möglich, da es diesen häufig an eigenen Erfahrungen und Vermittlungskompetenzen in Bezug auf neue Medien mangelt. Aus diesem Grund halten wir es für wichtig, schon an Kinder im Grundschulalter, professionell unterstützt, einen verantwortungsvollen Umgang mit Medien heranzutragen.

III. Digitalisierung

Wir leben im Zeitalter großer Innovationen und großer Ideen, im Zeitalter rasenden Fortschritts. Die zunehmende Digitalisierung ist dabei ein zentraler Bestandteil und Kern der Entwicklung. Daher ist es unbedingt notwendig, die digitalen Kompetenzen der kommenden Generation zu fördern. Die Wirtschaft und der Staat brauchen qualifizierte Arbeitskräfte; nicht nur um mit den globalen Entwicklungen der Zukunft Schritt zu halten, sondern auch um sie zu prägen, zu fördern und nach den Maßstäben der westlichen Wertegemeinschaft zu gestalten. Eine Förderung der medialen und digitalen Kompetenzen durch die Familie ist erstrebenswert, jedoch nicht immer zu garantieren. Deshalb muss die Schule ihrer pädagogischen Aufgabe der ständigen Gewährleistung von Chancengleichheit konzeptbasiert nachkommen. Zur Findung eines allgemeingültigen, bundesweit anwendbaren, Konzeptes der digitalen Bildungspolitik bedarf es einer allgemeinen ergebnisoffenen, fortschrittsorientierten Diskussion. Wichtig ist uns dabei vor allem, dass eine ausreichende schulinterne Infrastruktur finanziert und eingerichtet wird und unsere Lehrkräfte in ihren eigenen medialen und digitalen Fähigkeiten soweit aus- bzw. weitergebildet werden, dass sie dazu in der Lage sind, sowohl inhaltlich, als auch pädagogisch und wertorientiert ihren Unterricht im Bereich der Digitalmediennutzung selbständig zu gestalten:

Die Schüler Union Deutschlands spricht sich für eine flächendeckende Digitalisierung an allen Schulen aus. Ziel muss es sein, dass jeder Schulabgänger über die Gefahren des Internets aufgeklärt ist, aber auch Grundzüge der Programmierung sowie logisches und algorithmisches Denken versteht. Eine funktionierende, effiziente Infrastruktur muss geschaffen werden. Ausnahmslos jede Bildungsanstalt muss eine Breitbandverbindung haben. Der reibungslose Ablauf des Unterrichtes muss auch dann gewährleistet sein, wenn jede potentielle Schnittstelle genutzt wird. Kommunen und Schulträger müssen weiterhin stark unterstützt werden, um regionale Differenzen zu überwinden. Wir empfehlen zudem schnellstmöglich alle Schüler mit Tablets auszustatten. Beim Neubau oder der Sanierung von Schulgebäuden muss eine erforderliche Infrastruktur, beispielsweise Steckdosen und Internetleitungen, gewährleistet werden.

Lehrer müssen darüber hinaus flächendeckende Fort- und Weiterbildungen erhalten. Prinzipien der Programmierung, Logik, aber auch Chancen und Risiken des Internets müssen zuerst den Lehrern vermittelt und in den Lehrplan integriert werden, bevor sie beim Schüler ankommen. Außerdem fordern wir, dass die Handyverbote in den Schulen zumindest übergangsweise gelockert werden. Es ist ein nicht hinnehmbarer Zustand, dass die Schüler bessere Technik in ihren „Hosentaschen“ haben, als die Schule ihnen für den Unterricht zur Verfügung stellen kann.

Wir fordern die Entwicklung und Einführung einer Kommunikations- und Organisationsplattform für die gesamte Schulgemeinschaft. Die Schüler könnten damit den Stundenplan oder die Hausaufgaben einsehen, jederzeit eine Auflistung der jeweiligen Schulveranstaltungen abrufen und ihre Arbeitsergebnisse hochladen. Eine solche „Schul-Cloud“ bzw. Kommunikationsplattform erleichtert die Kommunikation zwischen Lehrer und Schüler und die Kommunikation der Schüler untereinander, beispielsweise bei Gruppenarbeiten und gemeinsamen Projekten. Dafür könnte man eine bundesweit einheitliche Website bzw. App gestalten lassen, die in allen Schulen in Deutschland zur Anwendung kommt. Ein Account, mit allen notwendigen personenbezogenen Daten und Zensuren, den ein Schüler zu Beginn seiner Schullaufbahn anlegt, könnte somit, auch bei einem Schulwechsel oder gar einem Umzug in ein anderes Bundesland, bis zum Abschluss oder dem Schulabgang weitergeführt werden. Dies erhöht die Durchlässigkeit in unserem Schulsystem und erleichtert es Schülern, sich nach einem Wechsel in einer neuen Schule zurechtzufinden. Wir fordern außerdem, dass an allen Schulen, insbesondere an denen größere schriftliche Arbeiten oder Präsentationen erarbeitet werden müssen,

ein Microsoft-Office-Paket oder ein vergleichbares Angebot kostenlos für die notwendige Dauer zur Verfügung gestellt wird.

Wir begrüßen die Initiative der Bundesregierung mit dem „DigitalPakt Schule“ in die flächendeckende Digitalisierung der Schulen zu investieren. Die kommenden Jahre werden wegweisend sein für die digitale Zukunft des Bildungswesens. Bei zukünftigen derartigen Finanzierungsprogrammen muss allerdings auch vermehrt darauf geachtet werden, dass die Vergabe der Gelder schneller und möglichst unbürokratisch vonstattengeht. Die Mittel aus dem „DigitalPakt Schule“ werden nur langsam abgerufen. Wir benötigen dringend schnellere Vergabeverfahren, aber auch eine größere Bereitschaft der Verantwortlichen an den Schulen vor Ort das Geld zielgerichtet und durchdacht einzusetzen. Gerade bei so einem globalen Phänomen ist die Unterstützungsbereitschaft des Bundes gefragt. Für Änderungen des Grundgesetzes hin zu einer Lockerung von Kooperationsverboten darf es keine Denkverbote geben. Eine komplette Unterwanderung der Kulturhoheit der Länder ist aber weiter abzulehnen. An diesem Grundsatz wird auch die aktuelle digitale Revolution nichts ändern. Insgesamt setzen wir uns für eine ausgeglichene Zusammensetzung von digitalen und analogen Medien im Unterricht ein. Die Hand- und insbesondere die Schreibschrift sollen auch in Zukunft erhalten bleiben, ebenso wie die Arbeit und das Lernen mit Papier. In Zeiten, in denen immer mehr digitalisiert wird, ist es wichtig, die Persönlichkeitsbildung und das Lernen durch das Schreiben zu erhalten. Ein uraltes Kulturgut, so alt wie die menschliche Zivilisation selbst, sollte nicht ohne weiteres zugunsten einer unreflektierten Digitalisierung weichen müssen. Es ist wichtig, dass Digitales und Analoges nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beides ist möglich und soll sich gegenseitig ergänzen, da nur das Beste von beidem unsere Bildung bereichern kann.

IV. Schülervertretung

Es ist uns als politische Schülerorganisation sehr wichtig, dass Schüler zur Teilhabe am demokratischen Meinungsbildungsprozess befähigt und berechtigt sind. Nicht nur schulintern, durch Klassen- und Schülersprecher, sondern auch auf kommunaler, Landes- und Bundesebene müssen sie die Möglichkeit haben ihre Anliegen und Ideen vorzutragen und bei bildungspolitischen Entscheidungen eingebunden zu werden. Wir setzen uns also nicht nur als Schüler Union für die Schülerinteressen ein, sondern fordern auch, dass jeder Schüler selbst seine Interessen vertreten kann, gleich welches Anliegen ihn antreibt:

Um die Arbeit von Schülervertretungen zu verbessern, sehen wir vor allem auch die Lehrkräfte in der Pflicht sich für die Rechte der Schüler zu engagieren und für die schulinternen Wahlprozesse zu begeistern. Wir fordern, dass die Schülersprecher in allen allgemein- und berufsbildenden Schulen direkt gewählt werden. Gleichzeitig muss jeder Schüler das Recht haben, Informationen über die Kandidaten zu erhalten. Um auch die Gleichbehandlung von Auszubildenden und allgemeingebildeten Schülern zu garantieren, stehen wir auf regionaler, Landes- bzw. Bundesebene für eine schulartenübergreifende Schülervertretung.

Ein zentraler Punkt unserer Forderung für eine wirksamere Vertretung der Schülerinteressen ist die Schaffung einer gesetzlich verankerten Bundesschülervertretung nach föderalen Grundsätzen und die damit verbundene Einrichtung eines Ansprechpartners für die Öffentlichkeit und Politik in Form eines Bundesschülersprechers, welcher, zusammen mit seinen Stellvertretern, von einem Bundesschülerparlament gewählt werden soll. Das Bundesschülerparlament soll einmal im Jahr tagen und ist nicht

mit einem allgemeinpolitischen Mandat ausgestattet, jedoch mit einem umfangreichen Mandat in schüler- und bildungspolitischen Fragen. Es setzt sich aus Vertretern der Bundesländer zusammen. Die Landesschülervertretungen sollen jeweils das Verfahren bestimmen, nach dem sie ihre Vertreter in das Bundesschülerparlament entsenden. Die Kandidaten für das Amt des Bundesschülersprechers müssen der Bundesschülervertretung angehören. Die Bundesschülervertretung soll sich aus Mitgliedern der Landesschülervertretungen zusammensetzen. Die Anzahl der Mitglieder pro Landesschülervertretung soll sich nach der Größe der Schülerschaft des jeweiligen Bundeslandes richten. Die Bundesschülervertretung besitzt zum einen die Möglichkeit an öffentlichen und politischen Debatten um schüler- und bildungspolitischen Themen zu partizipieren, zum anderen aber auch die gesetzlich zugeschriebene Kompetenz, am Rechtssetzungsverfahren auf Bundesebene teilzuhaben. Um ein solches Schülervertretungssystem und entsprechende Grundsätze zur Etablierung zu sichern, ist es elementar, dass die Kultusministerkonferenz (KMK) zu diesem Zweck einen Staatvertrag beschließt. Auf der anderen Seite soll sie den Prozess aber auch kontrollieren können und dementsprechend eine Kommission zur Kontrolle der Kompetenzabgrenzung der Schülervertretung auf Bundesebene einsetzen.

Neben der Neustrukturierung der Schülervertretung auf Bundesebene, fordern wir eine Stärkung der Rechte von Jugendbeiräten bzw. Jugendparlamenten. Da nicht in jeder Stadt oder jedem Landkreis ein Jugendparlament existiert, setzt sich die Schüler Union Deutschlands dafür ein, ein solches an jedem kommunalpolitisch relevanten Standort in Deutschland zu etablieren. Denn Jugendparlamente ermöglichen es sich politisch zu finden, eine eigene Meinung zu bilden und diese auch vertreten zu können. Dabei ist es nicht unbedingt entscheidend, dass man Mitglied einer politischen Jugendorganisation sein muss. Der Kontakt zu Politikern muss allerdings gepflegt werden, um Jugendlichen einen Einblick in das politische Geschehen zu ermöglichen. Jugendparlamente sollten nicht nur populärer werden. Ihre Mitglieder sollten zudem ein Antrags- und Rederecht in kommunalen Bildungsausschüssen erhalten.

V. Schulklima

Ein wohltemperiertes Schulklima ist eine Grundvoraussetzung für den störungsfreien Lehrbetrieb, ebenso wie für die freie persönliche Entwicklung jedes Schülers. Seit einigen Jahren sehen wir das gesellschaftliche Klima an unseren Schulen zunehmend vor größere Herausforderungen gestellt. Die Zahl sogenannter Brennpunktschulen, Amokläufe und Gewaltfälle sowie nahezu unmöglich unterrichtbarer Schüler nimmt zu. Damit Schulen integrative Instanzen der Gesellschaft bleiben und ihrer identitätsstiftenden und charakterbildenden Rolle nachkommen können, muss die Bildungspolitik in Deutschland wieder mehr Sicherheit, Sauberkeit und ein friedliches Miteinander im schulischen Bereich gewährleisten.

Wir fordern daher, dass an unseren Schulen Extremismus und Gewalt jeder Art vorbeugend und kompromisslos an seinen Wurzeln bekämpft werden. Lehrer müssen sensibilisiert und besser geschult werden, um bei extremistischer Gewalt, insbesondere bei Antisemitismus, Islamismus und Rechts- sowie Linksextremismus, angemessen reagieren zu können. Darüber hinaus müssen an jeder Schule, je nach Konfliktpotenzial, genügend Sozialarbeiter und Psychotherapeuten zur Unterstützung der Lehrer bereitstehen. Das Schulpersonal sollte bei der Gewalt- und Drogenprävention eng mit der Polizei kooperieren. Neben Präventionsprojekten gemeinsam mit Polizeibeamten, sollten Schulen mit den Sicherheits- und Ordnungsbehörden bei der Beobachtung und Überwachung von gewaltbereiten

Jugendlichen, Schülern mit politisch-extremistischen Gesinnungen oder Schulabbrechern enger zusammenarbeiten. Wir unterstützen darüber hinaus alle Kampagnen und Veranstaltungen, die sich gegen Gewalt an Schulen richten. Wir fordern außerdem bundesweite Offensiven und Investitionsprogramme für mehr Sauberkeit an Schulen, insbesondere bei der Verbesserung der Hygiene in sanitären Anlagen und Cafeterien. Wir sind davon überzeugt, dass sich ein sauberes und freundliches Umfeld direkt auf das soziale Verhalten in der Schulgemeinschaft auswirkt.

Daneben dürfen die psychischen und sozialen Folgen von Mobbing nicht unterschätzt werden. Wir fordern, dass alle Lehrer, Schüler und Schülervereine über ihre Rechte und Pflichten in Fällen von Mobbing und Gewalt aufgeklärt werden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass das Schulleben nicht nach Schulschluss endet. Auch außerhalb der Schule, insbesondere im Internet gibt es Mobbing, Demütigungen und Beleidigungen unter Schülern. Das Schulpersonal muss durch Fortbildungen ebenso für den Bereich des Cybermobbings sensibilisiert werden. Die Schüler müssen aber auch untereinander aufeinander aufpassen. Deshalb braucht es in jedem Bundesland und in allen Schulen mehrere Präventionstage zum Thema Mobbing und Extremismus.

Im Endeffekt ist die wirksamste Prävention eine starke Identitätsstiftung und intensive Auseinandersetzung mit den verbindenden Werten unserer modernen, aufgeklärten und durch das Christentum geprägten Gesellschaft, insbesondere mit den Werten von Menschenwürde, Gleichbehandlung, Freiheit und Nächstenliebe. Schulleitungen und Lehrkörper müssen sich der Verantwortung bewusst sein, dass sie einen nicht unerheblichen Beitrag zur charakterlichen, persönlichen und politischen Bildung der Schüler leisten. Um die Bindung an die nationale und europäische Wertegemeinschaft zu unterstützen, fordern wir eine dauerhafte Beflaggung vor allen Schulgebäuden mit den Flaggen des jeweiligen Bundeslandes, der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Feiertage, wie etwa der Europatag, der Tag der Deutschen Einheit oder der Tag der Deutsch-Französischen Freundschaft, sollten an Schulen bewusster gefeiert werden.

Wir verstehen unsere Schulen als Orte der Religionsfreiheit, nicht aber als religionsfreie Orte. Die Vielfalt unserer Bevölkerung muss sich in der Schulgemeinschaft widerspiegeln können. Pauschale Neutralitätsgesetze, welche religiöse Symbole aus dem öffentlichen und schulischen Raum komplett verdrängen wollen, lehnen wir daher ab. Nur bei erheblichen Gefahren für den Schulfrieden, sollte es in Einzelfällen möglich sein ein derart pauschales Verbot von religiösen Symbolen zu verhängen. Wir glauben, dass eine sichtbare Begegnung der unterschiedlichen Religionen und Kulturen in Deutschland an Schulen stattfinden kann. Das Kreuz, als Zeichen jener Bereitschaft zur Toleranz, Versöhnung und Nächstenliebe sollte dabei, als eine Einladung zum kulturellen Ideenaustausch, in jedem Klassenzimmer seinen Platz finden.

Dem Kopftuchgebot für muslimische Frauen hingegen wird, neben seiner religiösen Verankerung, insbesondere eine kulturelle Bedeutung zugeschrieben. Es ist unter anderem ein Symbol der Ungleichbehandlung der Geschlechter und der Unterdrückung der Frau. Wir glauben, dass der Staat hier seiner Schutzaufgabe nachkommen muss und fordern daher ein Kopftuchverbot an staatlichen Schulen für alle Mädchen unter 14 Jahre, also bis zum Erwerb der Religionsmündigkeit.

VI. Inklusion und Integration

Wir glauben an das uneingeschränkte Recht auf gleichwertige Bildung für alle Menschen in Deutschland. In diesem Sinne muss es ein besonderes Anliegen sein, diejenigen in unserem Land miteinzubeziehen, denen es schwerfällt sich in Schulgemeinschaft und Gesellschaft einzufügen:

1. Inklusion von geistig und körperlich Behinderten

Die Schüler Union Deutschlands unterstützt die schulpädagogische Inklusion an den Regelschulen. Die Aufgabe der Schule und des Staates muss es sein, Chancengerechtigkeit für alle herzustellen. Um bereits jetzt bestmögliche Inklusion zu gewährleisten fordern wir, selbst bei einer nicht einhundertprozentigen Besetzung der Stellen von Sonderpädagogen, eine vollständige Unterstützung von Inklusionsbedürftigen an Regelschulen. Alle Bundesländer müssen die vollständige Besetzung der Stellen mit Sonderpädagogen anstreben.

Mit der Ratifizierung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen im Jahre 2008 hat sich auch Deutschland bereit erklärt, ein inklusives Erziehungssystem zu errichten, in dem der gemeinsame Unterricht von Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Behinderung gewährleistet ist. Ziel der Konvention ist die Schaffung gleicher Zugänge zu allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie verbietet eine Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen und garantiert ihnen ihre unveräußerlichen Menschenrechte. Ausdrücklich genannt ist dabei auch das Recht auf Bildung. Die Schüler Union Deutschlands bekennt sich ausdrücklich zu dem Konzept der Förderschulen. Wir möchten, dass jeder Schüler bestmögliche Chancen in unserem Schulsystem bekommt und sehen den Weg aller auf eine Regelschule nicht als den für jeden Schüler am besten geeigneten an. Zudem fordern wir einen Ausbau der Kooperationen zwischen allgemeinen Schulen und Förderschulen, um so einen intensiveren Austausch und einen persönlichen Kontakt zwischen Schülern mit und ohne Behinderungen zu ermöglichen. Die Umsetzung der Konvention im Bildungsbereich endet nicht mit dem Schulbesuch. Ein Ausbildungsplatz oder eine Anstellung auf dem Arbeitsmarkt muss prinzipiell das Ziel für jeden Schüler sein. Gleichwohl ist klar, dass vor allem mehrfach schwerstbehinderte Schüler weiterhin in Förderschulen unterrichtet und später in beschützenden Einrichtungen und Werkstätten für Behinderte betreut werden müssen.

2. Integration von Flüchtlingen und Migranten

Spätestens seit der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 werden die Themen Migration und Integration in der deutschen Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Wir sind stolz, dass Deutschland für viele Menschen zur neuen Heimat geworden ist, in der sie und ihre Kinder selbstverständlich nicht nur Bürger unseres Landes, sondern auch Unternehmer, Arbeitnehmer oder im Vereinsleben aktiv sind. Die Schüler Union Deutschlands wünscht sich die bestmögliche Integration von Zuwanderern, die einen legalen Aufenthaltsstatus haben und als Einwanderer in unserem Land ihren Beitrag leisten. Gleichzeitig ist es Pflicht unseres Staates, nur temporär oder überhaupt nicht Aufenthaltsberechtigten keine Integrationsperspektive zu geben, sondern konsequent und so schnell wie möglich des Landes zu verweisen. Nur dann kann unsere Gesellschaft die Integrationsaufgaben der nächsten Jahrzehnte stemmen und Einwanderer zu Bürgern unseres Landes machen. Das Bildungswesen wird in diesem Zusammenhang vor große Herausforderungen gestellt. Wir haben klare Vorstellungen wie Integration an deutschen Schulen gelingen kann:

Der wichtigste Schlüssel zur Integration ist die Sprache. Sie ermöglicht es Zugang zur Gemeinschaft zu finden und die Unterrichtsinhalte aufzunehmen. Es ist wichtig, dass alle Schüler bereits zu Beginn der Grundschule auf einem ähnlichen Stand ihrer Deutschkenntnisse sind. Kinder mit Migrationshintergrund müssen daher eine besondere Sprachförderung durch eine verpflichtende Vorschule vor der Einschulung erhalten. Dort wo auch noch in höheren Klassenstufen Sprachdefizite auftreten, fordern wir einen verpflichtenden Deutsch-Förderunterricht in den Ferien. Außerdem muss es eine Deutschpflicht, nicht nur im Unterricht, sondern im gesamten Schulleben geben, damit diese Förderziele nicht unterwandert werden und sich keine „Migrantengruppen“ bilden oder verfestigen. Wir möchten, dass Einwanderer parallel zum Erlernen der deutschen Sprache so schnell wie möglich in das deutsche Schulsystem eingegliedert werden. „Flüchtlingsklassen“ mit Migranten ohne geklärtem Aufenthaltsstatus und ohne Bleibeperspektive lehnen wir ab und fordern stattdessen, mehr Mittel für die schnellere Bearbeitung von Asylanträgen bereitzustellen, damit geklärt werden kann, ob eine Bleibeperspektive besteht oder nicht.

Integration bedeutet für die Schüler Union Deutschlands aktive Teilhabe in unserer offenen Gesellschaft, anstatt Segmentierung und Parallelgesellschaft: Wir können keine Kompromisse mit Schülern oder deren Eltern machen, wenn Zuwanderer nicht am Sport- oder Schwimmunterricht teilnehmen, Lehrerinnen und Schulleiterinnen nicht die Hand geben und nicht als Gesprächspartner akzeptieren oder Mitschülern ihre gesellschaftlichen Prägungen aufzwingen wollen. Vollverschleierung, wie Niqab, Burka oder Burkini, ist das Gegenteil von Integration. Sie hat in unserer freiheitlichen Gesellschaft nichts zu suchen und sollte daher in der Schule und im öffentlichen Raum allgemein verboten werden.

Als Schüler Union Deutschlands wollen wir für jeden jungen Menschen gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung ermöglichen. Schüler, deren Talent und Begabung zu Hause nicht gefördert oder anerkannt wird, brauchen in der Schule Lehrer, die sie motivieren, beim Übergang von der Schule in die Ausbildung oder ins Studium helfen oder auch mit den Eltern sprechen, wenn diese ihren Kindern einen höheren Bildungsweg nicht ermöglichen wollen. Migrantquoten lehnt die Schüler Union Deutschlands ab.

Der Austausch über Fluchtursachen und Migrationspolitik sollte fester Bestandteil des Unterrichts sein. Weltweite Konflikte und Kriege, deutsche Außenpolitik und die deutsche Zuwanderungspolitik sind Gegenstand einer andauernden, kontrovers geführten Debatte und sollte daher offen im Unterricht geführt werden.

VII. Berufsschule und Ausbildung

Eine vernünftige Ausbildung ist die Grundlage für ein selbstständiges Leben. Das duale Ausbildungssystem der Bundesrepublik ist einmalig und eine wesentliche Grundlage für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit. Deutsche Fachkräfte sind im Ausland gefragt wie nie und zeichnen sich vielfach durch ihre fundierte Ausbildung aus. Dennoch bleibt die dringende Frage, wie der Bedarf an Fachkräften gedeckt werden kann. Der aktuelle Trend bei Schulabsolventen lässt oftmals ein Studium in den Vordergrund fallen. Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt verschärfen diesen Trend. Die Ausbildungsvoraussetzungen der Jugendlichen stimmen häufig nicht mit den Anforderungen der Betriebe überein. Die Diskrepanz zwischen Berufsangeboten und Berufsinteressen der Jugendlichen sind viel zu hoch. Das Ergebnis sind tausende unbesetzte Ausbildungsplätze. Die besonderen Angebote und Möglichkeiten der dualen Ausbildung müssen durch Politik und Gesellschaft gestärkt werden.

Die Schüler Union Deutschlands ist die Lobby der Schüler, aber auch Lobby für Auszubildende. Aus diesem Hintergrund heraus ergeben sich folgende Forderungen für die Gestaltung der Ausbildung im Bereich der Berufsschule, sowie des Betriebes:

Wir sehen es als unabdingbare Grundlage guter Ausbildung in Deutschland an, dass Betriebe, öffentliche Verwaltung und Tarifpartner für genügend Ausbildungsplätze, eine leistungsgerechte Bezahlung, Durchlässigkeit der Laufbahnen und qualifizierte Fort- und Weiterbildung sorgen. In einer digitalisierten und globalisierten Welt sollte jeder Auszubildende eine grundlegende Ausstattung besitzen. Jeder Auszubildende sollte zum Ausbildungsstart technische Endgeräte, wie zum Beispiel einen Laptop oder ein Tablet erhalten. Diese Diskussion sollte so selbstverständlich geführt werden wie bei Schülern an allgemeinbildenden Schulen. Wie auch in allgemeinen Schulen müssen zeitnah Schulungen im Bereich Digitalisierung für Lehrkräfte stattfinden, um eine sinnvolle Form des Unterrichts mithilfe von neuen Endgeräten zu gestalten.

Auszubildende sollen einen einheitlichen Anspruch auf Fahrgeld erhalten. Für kleine Unternehmen, die die dadurch entstehenden Zusatzkosten nicht ohne weiteres stemmen können, müssen Förderungen von Bund oder Land erfolgen. Das Fahrgeld sollte über eine Kilometerpauschale- oder über das Erstaten der Tickets für den öffentlichen Nahverkehr abgerechnet und in regelmäßigen Abständen an die Auszubildenden ausgezahlt werden. Auszubildende, die oftmals von einem niedrigen Ausbildungsgehalt leben müssen, sollten vom Staat finanziell entlastet werden. Wir fordern eine Steuerfreiheit für Auszubildende. So können Freiräume für junge Erwachsene entstehen, um sich geeignetes Eigenkapital anzusparen und einen finanziellen Handlungsspielraum zu ermöglichen.

VIII. Gesellschaftsjahr

Um der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft und der Entfremdung einzelner Bevölkerungsteile von demokratischen und solidarischen Werten und staatlichen Institutionen des kollektiven Gemeinwesens entgegenzuwirken, fordern wir die Neuschöpfung eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes nach der Schulzeit. Dieser Pflichtdienst ist keine bloße Rückkehr zur Wehrpflicht – er soll jungen Menschen vielfältige Möglichkeiten geben sich nach der Schule beruflich und persönlich zu orientieren, sich intensiv mit den Werten von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit zu identifizieren und ihre Arbeitsleistung dem Sozialstaat und den Schwachen und Hilfsbedürftigen in unserer Gesellschaft zu widmen.

Um diese Ziele zu erreichen muss ein solches Gesellschaftsjahr vielfältig strukturiert sein. Die Pflichtdienstleistenden sollen die freie Wahl zwischen den verschiedenen staatlichen und gemeinnützigen Wirkungsbereichen haben – von der Deutschen Bundeswehr, dem Technischen Hilfswerk, der Entwicklungs- und Flüchtlingshilfe und den Ordnungsbehörden bis hin zum Pflege- und Sozialdienst, der pädagogischen Betreuung, dem Kultursektor, der öffentlichen Landschafts- und Gartenpflege und dem Sanitätsdienst. Ebenso sollen die Kirchen und institutionalisierten Religionsgemeinschaften, die ein ausgeprägtes Sozialwesen unterhalten, am Gesellschaftsjahr teilhaben. Themen, die der Jugend besonders am Herzen liegen, wie Nachhaltigkeit und Klimaschutz, müssen bei der Gestaltung des Gesellschaftsjahres eine besondere Rolle spielen. Die zahlreichen, bereits bestehenden Freiwilligendienste dienen für die Ausgestaltung des verpflichtenden Gesellschaftsjahres als Grundlage. Insbesondere der europäische/ internationale Bezug bestehender Entwicklungshilfe- und Austauschprogramme muss im Gesellschaftsjahr weiter ausgebaut werden.

Neben der personellen Stärkung der staatlichen Einrichtungen und Organisationen, werden auch die Bindung des Einzelnen an das Gemeinwesen und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt. Die Bundeswehr beispielsweise würde ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft behaupten können. Darüber hinaus würde im karitativen Bereich, beispielsweise in der Kranken- und Altenpflege, die Verbindung der jungen Generation zu gesellschaftlichen Randgruppen und älteren Menschen intensiviert werden. Gerade diese Vernetzung und Verflechtung in der Gesellschaft ist wiederum für die persönliche Entwicklung jedes Einzelnen von großem Wert. Es ist nämlich vor allem wichtig, dass gerade die Pflichtdienstleistenden vom Gesellschaftsjahr profitieren. Der Pflichtdienst muss eine gegenseitige Partnerschaft zwischen der Jugend und dem Staat sein, der beide Seiten gleichermaßen etwas abgewinnen können. Zu empfehlen ist ein Punktesystem, was die Art und Dauer eines Dienstes kategorisiert und unterschiedlich bewertet. Somit können die Pflichtdienstleistenden, je nach Bemühen und Erfolg, Punkte für ihre Arbeit sammeln und im Gegenzug in den Themenbereichen, in denen sie ihren Dienst leisten, Einstiegserleichterungen für zugangsbeschränkte Studiengänge und andere Ausbildungswege erhalten. Der Staat hat im Übrigen alle Kosten, die dem Pflichtdienstleistenden im Rahmen des Gesellschaftsjahres entstehen, zu übernehmen.

Wir sind davon überzeugt, dass ein Gesellschaftsjahr nur in einer verpflichtenden Form Bestand haben kann. Es ist gerade das Ziel diejenigen durch den Gesellschaftsdienst zu integrieren, die sich unter normalen Umständen nicht von sich aus dazu entschließen würden ihre Arbeitsleistung und Fähigkeiten dem Gemeinwesen zur Verfügung zu stellen. Ein stärkerer gesellschaftlicher Zusammenhalt kann nur dann erreicht werden, wenn ein gesamter Querschnitt der Bevölkerung vom Gesellschaftsjahr erfasst wird. Schulabbrecher sollen dadurch beispielsweise eine Chance erhalten sich neu zu orientieren. Jugendliche, die noch keine genaue Vorstellung von ihrer beruflichen oder akademischen Zukunft haben, können außerhalb ihres gewohnten Umfeldes gemeinsam mit Gleichaltrigen unterschiedlichster Herkunft und Hintergründe wertvolle praktische Erfahrungen sammeln. All das kann nur dann erreicht werden, wenn das Gesellschaftsjahr für jeden verpflichtend ist. Ein solches verpflichtendes Konzept ist rechtlich möglich, soweit – ähnlich wie bei der Wehrpflicht – die Möglichkeit besteht, den Dienst zu verweigern und bestimmte Ausnahmetatbestände eingerichtet werden. Diese Ausnahmetatbestände dürfen nicht nur bei zwingenden physischen oder weltanschaulichen Barrieren einschlägig sein. Es muss ebenso die Möglichkeit bestehen vom Pflichtdienst befreit zu werden, wenn man ein alternatives und realistisches Konzept für seine berufliche Zukunft (Unternehmensgründung, u.Ä.) schlüssig darlegen kann. Um all das zu realisieren, halten wir eine verfassungsrechtliche Verankerung der Dienstpflicht für den richtigen Weg.